

Regierungsratsbeschluss

vom 6. September 2016

Nr. 2016/1572

Vernehmlassung zum Verordnungspaket Umwelt Frühling 2017 Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 23. Mai 2016 gelangt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zum Verordnungspaket Umwelt Frühling 2017. In diesem Verordnungspaket sollen vier Verordnungen des Umweltsrechts, die inhaltlich voneinander unabhängig sind, revidiert werden. Es geht dabei um folgende Verordnungen:

- PIC-Verordnung (ChemPICV; SR 814.82)
- Altlasten-Verordnung (AltIV; 814.680)
- Verordnung zum Bundesgesetz über die Fischerei (VBGF; SR 923.01)
- Gewässerschutzverordnung, Anpassungen zur Schaffung von Handlungsspielraum in Erfüllung der Motion 15.3001 UREK-S (GSchV; SR 814.201).

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement, das Departement des Innern, das Amt für Raumplanung und das Amt für Umwelt zum vorliegenden Verordnungspaket geäussert. Zudem hat die Ämterkonferenz aus den Bereichen Bau, Umwelt und Wirtschaft (KABUW) an der Sitzung vom 26. August 2016 über das Verordnungspaket diskutiert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartements wird die Stellungnahme zum Verordnungspaket Frühling 2017 beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU vom 6. September 2016

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (Wü, mh) (2)
Amt für Raumplanung
KABUW (elektronischer Versand durch BJD)
Volkswirtschaftsdepartement
Departement des Innern
Medien (jae)